

**Bekanntgaben und Beschlüsse
aus der Sitzung des Gemeinderats vom 28.11.2018**

*Dauer der öffentlichen Sitzung: 18.00 – 20.30 Uhr
Anwesende Zuhörer: ca. 50*

TOP 1: Bekanntgaben

1. Kiesabbau in der Region

Bürgermeister Müller informiert über ein Gespräch mit der Ernst Marschall GmbH & Co. KG, in welchem die zunehmende Verkehrsbelastung durch den Kiesabbau in der Region thematisiert wurde. Die Geschäftsführung habe das vorgebrachte Problem aufgenommen und wolle nun versuchen, den LKW-Verkehr wo möglich umzulenken, um der Verkehrsbelastung so entgegenzusteuern.

2. Beteiligung im Bebauungsplanverfahren „Kiebitz“ in Alttann

Es seien mehrere Anfragen bei der Verwaltung eingegangen, bis wann mit einer Rückmeldung zur durchgeführten Fragebogen-Aktion zu rechnen sei. Bürgermeister Müller bittet angesichts der hohen Arbeitsbelastung im Rathaus noch um etwas Zeit für die Auswertung der eingegangenen Fragebögen. Das Ergebnis werde man Anfang 2019 bekanntgeben.

TOP 2: Bekanntgabe der Beschlüsse aus der Bauausschusssitzung

Bürgermeister Müller informiert, dass in der Sitzung des Bauausschusses folgende Beschlüsse gefasst wurden:

1. Bauanträge

- a) Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage, Flst. Nr. 129/5, Molpertshaus
 - 1) Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt.
 - 2) Die Gemeinde erhebt als Angrenzerin keine Einwendungen.
- b) Neubau eines Einfamilienhauses mit Einliegerwohnung und Garage, Flst. Nr. 156/9, Wolfegg
 - 1) Das gemeindliche Einvernehmen wird unter Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans „Friedhofstraße-Kirchbühl“ hinsichtlich der zulässigen Firsthöhe erteilt.
 - 2) Die Gemeinde erhebt als Angrenzerin keine Einwendungen.
- c) Umbau und Erweiterung der Schule Rötenbach zum Dorfgemeinschaftshaus, Flst. Nr. 46/1, Rötenbach
 - 1) Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt.
 - 2) Die Gemeinde erhebt als Angrenzerin keine Einwendungen.
- d) Errichtung einer Glasüberdachung, Nutzungsänderung im EG zum Einbau einer Heilpraktikerpraxis, Verlegung Fasssauna, Errichtung Eingangsüberdachung, Flst. Nr. 121/3, Alttann
 - 1) Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt.
 - 2) Die Gemeinde erhebt als Angrenzerin keine Einwendungen.

2. Anträge im Kenntnisgabeverfahren

- a) Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage und Carport, Flst. Nr. 156/24, Wolfegg
 - 1) Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.
 - 2) Die Gemeinde erhebt als Angrenzerin keine Einwendungen.

3. Verschiedenes

Unter Punkt „Verschiedenes“ gab es keine Wortmeldungen.

TOP 3: Fragestunde der Einwohner

Ein Einwohner bittet um Angabe des aktuellen Schuldenstands der Gemeinde, einschließlich aller Eigenbetriebe.

Laut Kämmerer Braun werde der Schuldenstand zum Jahresende rd. 1,8 Mio. Euro betragen. Dies sei v. a. der Kreditaufnahme in Höhe von 750.000 Euro zum Bau einer Flüchtlingsunterkunft in Röttenbach geschuldet. Die Gemeinde verfüge über keine Eigenbetriebe.

Eine Einwohnerin erkundigt sich nach der geplanten Überarbeitung des Bebauungsplans „Ortsgebiet Wolfegg“ und fragt, in welchem Zeitraum die Ortssanierung vorgesehen sei. Sie bedauert den hohen Leerstand in der Ortsmitte und befürchtet durch den möglichen Abriss des Rathauses eine weitere Lücke.

Laut Bürgermeister Müller sei die Neufassung des Bebauungsplans für das Jahr 2019 vorgesehen. Die Verwaltung habe entsprechende Vorschläge aus der betroffenen Bürgerschaft bereits aufgenommen. Auf den Leerstand von Privatwohnungen habe die Gemeinde leider keinen Einfluss. Man habe viele Eigentümer bereits kontaktiert, da auch die Gemeinde auf der Suche nach Wohnraum sei. Die Bereitschaft zu Vermietung oder Verkauf sei jedoch nicht vorhanden, so Müller. Hinsichtlich eines möglichen Abrisses des Rathauses wird auf TOP 5 verwiesen. Das Programm zur Ortssanierung laufe noch bis 2022. Wie die Sanierung konkret aussehen werde, hänge laut Müller auch vom Ergebnis der heutigen Sitzung ab.

Ein Einwohner bedankt sich bei Bürgermeister und Gemeinderat für das Engagement in Sachen Kiesabbau. Er verbindet seinen Dank mit der Bitte, das Thema auch engagiert weiterzuverfolgen. An Kämmerer Braun richtet er die Frage, welche Auswirkungen die Umstellung auf das NKHR im kommenden Jahr haben werde. Ferner möchte er wissen, welche Faktoren das Ergebnis 2017/2018 so positiv beeinflusst hätten.

Kämmerer Braun informiert, dass u. a. anders als in der kameralen Buchführung sämtliche Abschreibungen erwirtschaftet werden müssen. Dies hat unmittelbar Auswirkungen auf den Haushaltsausgleich, der zukünftig schwerer zu realisieren sein wird. Weiter führt er aus, dass Mehrzuweisungen aus dem Finanzausgleich, ein größeres Aufkommen der Gewerbesteuer und das Ausbuchen von vorhandenen Haushaltsresten wegen des Umstiegs auf die kommunale Doppik zu einem besseren Ergebnis der Jahre 2017/2018 führen bzw. führen werden.

Der Einwohner fragt weiter, ob bei der Finanzlage der Gemeinde ein Trend ausgemacht werden könne.

Laut Herrn Braun könne hierzu noch keine Aussage getroffen werden.

Ein Einwohner weist darauf hin, dass es wiederholt zu Ausfällen bei der Straßenbeleuchtung im Bereich Alte Pfarr gekommen sei. Er fragt, welche Maßnahmen die Gemeinde ergreifen wolle, um das Problem nachhaltig in den Griff zu bekommen.

Bürgermeister Müller führt dies – wie bereits in einer der letzten Sitzungen ausgeführt – auf die inzwischen in die Jahre gekommene Verkabelung zurück. Man sei hier in stetigem Kontakt mit dem Elektriker, die Suche nach neuen Schadstellen nehme jedoch immer Zeit in Anspruch, da die weit verzweigte Verkabelung tief in der Erde liege.

TOP 4: Flüchtlingsarbeit in Wolfegg

Information durch die Integrations- und Flüchtlingsbeauftragte

Die Integrations- und Flüchtlingsbeauftragte, Frau Mercydonna Nakami, legt ihren Sachstandsbericht vor. Sie geht hierbei im Schwerpunkt auf folgende Themen ein:

- Flüchtlingszahlen im Landkreis
- Aktuelle Flüchtlingszahlen in Wolfegg unter Berücksichtigung der landkreisweiten Quotenregelung zur Flüchtlingsaufnahme (derzeitiger Quotenerfüllungsstand: 80 v. H.)
- Allgemeine Wohn- und Lebenssituation der in Wolfegg untergebrachten Flüchtlinge
- Arbeit des Helferkreises
- Aufgabenverteilung Gemeinde/Landratsamt
- Sprechzeiten
- Aktuelle Projekte (Sprachpatenschaften, Schlittschuhlaufen, Veranstaltung zur „Steuerhilfe“, geplanter Erste-Hilfe-Kurs, etc.)
- Ausblick (Zuweisung weiterer Flüchtlinge im Jahr 2019)

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen der Flüchtlingsbeauftragten zustimmend zur Kenntnis.

TOP 5: Sanierung oder Neubau des Rathauses Wolfegg
Diskussion und Beschluss über Sanierung oder Neubau und das weitere Vorgehen

Bürgermeister Müller stellt das Thema ausführlich vor. Er geht hierbei insbesondere auf den Verlauf der bisherigen Entscheidungsfindung, die Abwägung der Vor- und Nachteile der einzelnen Gestaltungsvarianten und den Bürgerbeteiligungsprozess ein.

Der Gemeinderat fasst nach ausführlicher Beratung einstimmig folgenden Beschluss:

1. Dem Tauschgeschäft zum Tausch des Flurstücks Nr. 100 gegen ein Teilstück des Flurstücks 107 (Eigentümer Fürstliches Haus) wird zu folgenden Bedingungen zugestimmt:
 - Tausch des Areals Bauhof/Feuerwehr/Rathaus Flst. 100, 3.654 m² gegen das Areal Hofgartenparkplatz zuzüglich eines Baugrundstücks für ein neues Rathaus mit ca. 1.500 m² Fläche beim Hofgartenparkplatz Teilfläche Flst. 107, rund 5.300 m²
 - Das Areal Bauhof/Feuerwehr/Rathaus wird vom Fürstlichen Haus weiter entwickelt und einer Wohnbebauung (Geschosswohnungsbau 2 Vollgeschosse + Dachgeschoss) zugeführt. Das Denkmal „Wolfegg Info“ bleibt erhalten, die anderen Gebäude, auch das derzeitige Rathaus, werden abgerissen und durch neue Gebäude ersetzt. Es entstehen 20 - 25 v. H. Wohnungen nach den Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus (noch nicht endverhandelt)
 - Das Fürstliche Haus erhält zusätzlich Baurecht auf einem Grundstück hinter den derzeitigen Gebäude Altanner Str. 2 und 4 (Apotheke, Volksbank) zum Bau von zwei Mehrfamilienhäusern (2 Vollgeschosse + Dachgeschoss)
 - Die Gemeinde Wolfegg erhält ein Aufgeld zum Tausch in Höhe von 457.000 Euro in zwei Raten (154.500 Euro mit Rechtskraft des Bebauungsplans, 302.500 Euro mit Auszug der Verwaltung)
2. Der Bürgermeister wird bevollmächtigt mit dem Fürstlichen Haus entsprechende Verträge abzuschließen.
3. Dem Neubau eines Rathauses auf dem Teilstück des Flurstücks Nr. 107 beim Hofgartenparkplatz wird zugestimmt (Variante 5)
4. Die notwendigen Planungen (Änderung des Bebauungsplans und Planung des neuen Rathauses) sollen zeitnah angegangen werden.

Wichtiger Hinweis: Aufgrund eines technischen Fehlers wurden die ausgelegten Sitzungsunterlagen nur einseitig bedruckt. Dieses Versehen bitten wir zu entschuldigen. Die vollständige Sitzungsvorlage einschließlich aller Anlagen kann auf der Homepage der Gemeinde (www.wolfegg.de) sowie im Hauptamt (Zi. 01) jederzeit eingesehen werden.

Ihre Gemeindeverwaltung

TOP 6: Verzicht auf die Aufstellung eines Betrauungsaktes für den Zweckverband
Ferienregion Allgäu-Bodensee; Information und Beschluss

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Gemeinde Wolfegg beschließt im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Zweckverbandes Ferienregion Allgäu-Bodensee (die Städte Bad Wurzach, Isny, Leutkirch und Wangen sowie die Gemeinden Aitrach, Amtzell, Argenbühl, Bodnegg, Grünkraut, Kißlegg, Schlier, Vogt, Waldburg und Wolfegg) als Mitglied des Zweckverbandes Ferienregion Allgäu-Bodensee im Hinblick auf die Entscheidungen der EU-Kommission Rs. SSA41158 (2015/CP-Deutschland, Erfurt Tourismus und Marketing GmbH) und Rs. Sa41273 (2015/CP-Deutschland, Zweckverband Tourismuszentrale Holsteinische Schweiz) für die Zuwendungen der Gemeinde Wolfegg und der anderen Mitglieder des Zweckverbandes Ferienregion Allgäu-Bodensee auf die Aufstellung eines Betrauungsakts nach dem Freistellungsbescheid 2012 der EU-Kommission zu verzichten und den insoweit der Anwaltskanzlei

Noll & Hütten, München Stuttgart, erteilten Auftrag zur Ausarbeitung eines Betrauungsakts zurückzuziehen.

2. Die Gemeinde Wolfegg behält sich zusammen mit den anderen Mitgliedern des Zweckverbandes Ferienregion Allgäu-Bodensee vor, einen solchen Betrauungsakt aufzustellen, falls sich in der Zukunft eine von den Grundsätzen der vorgenannten Entscheidung der EU-Kommission abweichende Rechtsauffassung, sei es allgemein, sei es in Bezug auf die Kooperation selbst, ergeben sollte.
3. Die Verwaltung wird angewiesen, die Beiträge zum Zweckverband nach den Grundsätzen der Trennungsrechnung zu verbuchen.
4. Die Geschäftsführung des Zweckverbandes Ferienregion Allgäu-Bodensee wird damit beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Kanzlei Noll & Hütten die entsprechende Rechtsentwicklung weiter zu beobachten mit der Maßgabe, dass die Kanzlei einen Hinweis an den Zweckverband Ferienregion Allgäu-Bodensee erteilt, falls sich die diesem Beschluss zu Grunde liegende rechtliche Bewertung ändert.

TOP 7: Verschiedenes

Herr Heß nimmt zum Antrag eines Gemeinderats Stellung, in der Ortsdurchfahrt Rötenbach eine Tempo-30-Zone einzurichten. Laut Polizeipräsidium Konstanz sei der Bereich „Wolfegger Straße“ aus unfallstatistischer Sicht „absolut unauffällig“. Aus Sicht der Verkehrskommission liege dort keine besondere Gefahrenlage vor, welche derzeit die Anordnung einer Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h zwingend erforderlich machen würde. Bushaltestellen seien ortsüblich und Gehwege seien vorhanden. Die beiden Fußgängerquerungshilfen würden der Sicherheit der querenden Fußgänger dienen. Die Aufstellung des gewünschten Geschwindigkeitsanzeigergerätes liege jedoch in der Zuständigkeit der Gemeinde. Die Verwaltung werde eine mögliche Anschaffung und Aufstellung einer solchen Anzeige deshalb zeitnah einbringen.

Ein Gemeinderat bittet um erneute Prüfung, ob die Installation einer Beleuchtung auf dem Fußweg Richtung Sportstätten möglich ist. Er bittet darum, zeitnah eine Kostenschätzung für ein Beleuchtungskonzept vorzulegen.

Bürgermeister Müller sagt die Prüfung des Anliegens zu.

Ein Gemeinderat bemängelt fehlende Busverbindungen nach Molpertshaus, es würden lediglich Schulbusse fahren. Die Stadt Bad Waldsee habe dasselbe Problem mit Mennisweiler, weshalb er um Prüfung bittet, ob eine gemeinsame Buslinie eingerichtet werden könne.

Laut Bürgermeister Müller befasse sich der Kreistag derzeit intensiv mit Fragen des öffentlichen Personennahverkehrs. Er sagt zu, den Vorschlag bei der Stadt Bad Waldsee vorzubringen.

Eine Gemeinderätin erkundigt sich nach den Bauarbeiten im Bereich Roßberg/Engetweiler. Sie fragt, ob es sich hier um Arbeiten für den seit langem benötigten Fußweg für Schulkinder handle.

Bürgermeister Müller bestätigt dies. Der Weg liege auf der Gemarkung Bergatreute. In einer freiwilligen Aktion der Dorfgemeinschaft werde hier nun ein Kiesweg errichtet, was sehr zu begrüßen sei.

Ein Gemeinderat regt an, die Buswartehäuschen in der Gemeinde dringend zu reinigen.

Laut Bürgermeister Müller sei dies bereits vorgesehen, jedoch erst im Frühjahr.

Eine Gemeinderätin bittet um Prüfung, ob der Mülleimer in der Bushaltestelle in Alttann auf die Außenseite des Häuschens verlegt werden kann. Insbesondere der im Mülleimer entsorgte Hundekot mache den Aufenthalt im Wartehäuschen bisweilen unerträglich.

Bürgermeister Müller sagt eine Prüfung durch den Bauhof zu.

Ein Gemeinderat bittet darum, Möglichkeiten einer Aufwertung des Skateparks auf dem Parkplatz der Gemeindehalle zu prüfen. Der Platz werde von jungen Leuten gut besucht, eventuell ließe sich die Anlage im Rahmen eines Sozialprojekts oder durch eine Spendenaktion wieder auf den neuesten Stand bringen.

Die Verwaltung wolle Möglichkeiten gemeinsam mit dem Jugendbeauftragten besprechen.